

Haushaltsrede 14.12.2021

Frau Bürgermeisterin Westkamp,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

seit langem beklagen wir, dass die kommunale Ebene strukturell unterfinanziert ist. Städten und Gemeinden werden von Bund und Land immer neue, in vielen Fällen durchaus begrüßenswerte Aufgaben übertragen. Allerdings werden die für die Erfüllung erforderlichen Aufwendungen oft nicht angemessen erstattet. Das belastet die Kommunen zusätzlich zu den pflichtigen Ausgaben, die ohnehin einen Großteil des Haushalts ausmachen: Umlagen, Personalkosten und Pflichtaufgaben in verschiedenen Bereichen. Durch die Anhebung des fiktiven Hebesatzes sehen sich Kommunen, deren Grundsteuerhebesatz bisher unter dem neuen aktuellen Wert liegt, zu einer Erhöhung gezwungen, um nicht auf Geld aus den Schlüsselzuweisungen zu verzichten. Weil der fiktive Hebesatz über die durchschnittlichen Hebesätze in NRW ermittelt wird, wird dieser Wert in der Folge von Jahr zu Jahr weiter steigen. Die Belastung der Einwohnerinnen und Einwohner wird damit von Jahr zu Jahr größer. Wir halten es für falsch, in Zeiten, in denen sich die Wohnnebenkosten durch steigende Energiepreise erhöhen und die Inflationsrate Rekordwerte erreicht, die Menschen in unserer Stadt durch höhere städtische Steuern zusätzlich zu belasten. Gerade für Haushalte mit geringem Einkommen können ein paar Euro im Monat einen großen Unterschied machen. Statt sich dem „Zwang“ durch das Gemeindefinanzierungsgesetz zu beugen, sind Initiativen für eine grundlegende Reform der Finanzierung der kommunalen Ebene längst überfällig.

Im Jahr 2019 hat der Rat der Stadt Wesel ein inklusives Handlungskonzept in Auftrag gegeben. Die Erstellung sollte als partizipativer Prozess gestaltet sein und das Ergebnis Ende 2020 vorliegen. Durch die Beschränkungen infolge der Pandemie konnte diese Planung so nicht umgesetzt werden. Es wurden andere Formate entwickelt und eingesetzt, die Erstellung des Konzepts nahm deutlich mehr Zeit in Anspruch. Wenn das Konzept im nächsten Jahr endlich vorliegt und dann hoffentlich auch beschlossen wird, sollte mit der Umsetzung erster Maßnahmen schnellstmöglich begonnen werden. Nicht nur ist schon

mehr Zeit als ursprünglich geplant verstrichen, es hat sich auch gezeigt, dass gerade die Zielgruppen, die im inklusiven Handlungskonzept in den Fokus genommen werden, besonders unter den Folgen der Corona-Pandemie, den Beschränkungen und den wirtschaftlichen Auswirkungen leiden. Aus diesen Gründen ist für uns nicht hinnehmbar, dass in den Haushalt 2022 die von uns beantragten Mittel für erste Maßnahmen nicht eingestellt werden. Gleichzeitig dürfen wir nicht zulassen, dass durch den drohenden Wegfall des Malteser Integrationsdienstes die Integration in Wesel und das bürgerliche Engagement einen herben Rückschlag erleiden.

Das Monitoring "Öffentlich geförderter Wohnraum" hat einen Bedarf an öffentlich geförderten Mietwohnungen in Wesel ergeben. Um dem zu begegnen, müssen alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergriffen werden. Bei der Ausweisung von Neubaugebieten muss ein verpflichtender Anteil an Sozialwohnungen festgelegt werden. Der städtische Einfluss auf die örtlichen Wohnungsgesellschaften muss genutzt werden, um zusätzlichen sozialen Wohnungsbau möglichst kurzfristig zu realisieren.

Im Bereich der Bildung sehen wir einige erfreuliche Entwicklungen in unserer Stadt. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung schreitet voran ebenso wie die Umsetzung des Schulraumentwicklungsplans. Durch die Pandemie befeuert hat auch die Digitalisierung im Bildungsbereich Fortschritte gemacht. Wichtig ist dabei, dass wir nicht nur die pädagogische Seite und die mit der Digitalisierung verbundenen Möglichkeiten sehen. Die Schulen erledigen ihre Verwaltungstätigkeiten zum größten Teil ebenfalls digital und sind deshalb zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf eine verlässliche Infrastruktur und zeitnahe Abhilfe bei im laufenden Betrieb auftretenden Problemen angewiesen. Die notwendige IT-Unterstützung aus Kostengründen zu verweigern, gefährdet den reibungslosen Unterricht in den Schulen.

Der Rat der Stadt Wesel hat im letzten Jahr beschlossen, dass die Stadtverwaltung bis 2025 und Kommune insgesamt bis 2035 klimaneutral sein sollen. Um diese richtigen, aber ehrgeizigen Ziele zu erreichen, wurden bereits Förderprogramme aufgelegt und Maßnahmen ergriffen. Ein wesentlicher Bereich, der maßgeblich zur CO₂-Belastung beiträgt, wird dabei aber nur unzureichend in den Blick genommen: der Verkehrsbereich. Nur mit neuen Fahrradwegen, Lastenfahrrädern und Ladesäulen für E-Autos sind hier keine ausreichenden Effekte zu erzielen. Es gibt ein Konzept für ein Stadtbussystem für Wesel, das weiterentwickelt und relativ kurzfristig umgesetzt werden kann. Es ist nicht zielführend, die Hände in den Schoß zu legen, die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes abzuwarten, wertvolle Zeit verstreichen zu lassen und im schlimmsten Fall Fristen zu verpassen. Erste vorbereitende Schritte müssen jetzt unternommen werden.

Der Haushalt 2022 hat einige Positionen, die wir ausdrücklich begrüßen, beispielsweise die weitere Umsetzung des Schulraumentwicklungsprogramms oder die Einrichtung einer Stelle für aufsuchende Jugendsozialarbeit. Wesentliche Aspekte, insbesondere im sozialen Bereich werden nach unserer Einschätzung aber nicht ausreichend berücksichtigt. Deshalb werden wir den Haushalt 2022 ablehnen.

Barbara Wagner

Fraktionssprecherin